

die Entstehung der neuen politischen Linie, insbesondere die Formen, der Stil und die Politiker, die diese programmatische Linie entwickeln und durchsetzen halfen.

Schellenger deutet diesen Wandel als ein Element im Prozeß der Neubestimmung des Sozialismus in Westeuropa, denn im gleichen Zeitraum, als das Programm der SPD angenommen wurde, entschlossen sich eine Reihe anderer sozialdemokratischer Parteien Westeuropas (Österreich, Schweiz, Niederlande), neue Programme zu formulieren, die ebenfalls ein Abrücken von der bisherigen Parteitradition bedeuteten.

Bei der Analyse der innerparteilichen Faktoren des Wandels der programmatischen Aussagen der SPD orientiert er sich an Robert Michels Oligarchiethese. Er glaubt nachweisen zu können, daß sie auch auf die Entwicklung der SPD nach 1945 zutrifft. Seiner Meinung nach hat die Parteiführung den entscheidenden Anteil bei der Formulierung und Durchsetzung des Programms. Darüber hinaus interessiert ihn die Frage, inwieweit die sozialdemokratischen Führer durch Kompromisse im neuen Programm ihre Stellung und ihren Einfluß in der Partei erhalten konnten. Dieser Ansatz läßt die einzelnen Gruppen und Schichten, die beim Zustandekommen einer neuen politischen Linie tatsächlich mitwirken, unberücksichtigt und ermöglicht bestenfalls Teilaussagen zu einer parteiinternen Meinungsbildung. Außerdem ist für den Leser die Bedeutung des Begriffes Sozialismus unverständlich, den Schellenger verwendet. Einmal spricht er von einem Sozialismus, dem die SPD 1959 abschwor, zum anderen sieht er das neue Programm als den Ausdruck eines modernisierten Sozialismus (S. 3) an.

Nach der Lektüre des Buches bleibt nur zu hoffen, daß die Veränderung der politischen Linie der SPD nach 1945 unter Berücksichtigung der innerparteilichen und systemimmanenten Faktoren an Hand eines differenzierteren Forschungsansatzes analysiert wird.

Kurt Schmitz

Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945—1949. W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart/Köln/Berlin/Mainz 1969, 294 S., 28,50 DM.

Werner Conze legt mit seiner Studie den dritten Band einer politischen Biographie Jakob Kaisers vor und ergänzt damit das durch Erich Kosthorst und Elfriede Nepgen-Kaiser entworfene Bild einer bekannten Persönlichkeit der parlamentarischen und demokratischen Geschichte Deutschlands. Allerdings ist allen drei Arbeiten eine gewisse unkritische Distanz zu eigen, und der Leser legt die Untersuchungen eher enttäuscht als zufrieden aus der Hand.

Conze stellt seine Arbeit unter einen doppelten Ansatz. Es geht ihm einmal um eine politische Biographie Jakob Kaisers in den Jahren 1945 bis 1949 und zum anderen um einen Beitrag zur Geschichte des genannten Zeitraumes (S. 7).

Die Verbindung beider Ansätze ist in der Arbeit jedoch nicht recht geglückt. Conze legt zuviel Wert auf die biographische Beschreibung, verfolgt chronologisch die einzelnen Etappen des Politikers und vernachlässigt dabei die allgemeinen politischen Strukturen im Nachkriegsdeutschland, die sich aus der Herrschaft der Besatzungsmächte, den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien über den zukünftigen Weg Deutschlands und der Polarisierung in zwei gesellschaftliche und politische Systeme durch die Entzweiung der Siegermächte ergaben.

In den Mittelpunkt der Untersuchung wird von Conze zunächst der Begriff des christlichen Sozialismus gestellt, Kaisers gesellschaftliche Zielperspektive.

Als Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik hoffte Kaiser auf der Basis einer Verbindung zwischen Sozialismus und Christentum gesellschaftliche Veränderungen im Nachkriegsdeutschland durchführen zu können, die dem neuen

deutschen Reich die Erfüllung einer Brückenfunktion zwischen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen der Sowjetunion und des kapitalistischen Westens ermöglichen sollten. Er propagierte seine politische Perspektive in einer Zeit, in der die Handlungsfähigkeit deutscher politischer Organe nicht vorhanden war und in der man nicht einmal mit einer eigenen deutschen Regierung rechnen konnte. Diese Tatsache mag für die Entwicklung politischer Vorstellungen zunächst ohne jegliche Bedeutung sein, sie zeigt jedoch andererseits keinen klaren Blick für das politisch Mögliche, mit dem sein innerparteilicher Gegenspieler Adenauer zweifellos ausgestattet war. Die Kaisersche Position des Brückenschlages zwischen Ost und West hatte spätestens seit der Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD zur SED am 20./21. April 1946 ihre politische Werbekraft verloren, denn zu diesem Zeitpunkt war deutlich geworden, daß es den Kommunisten und der sowjetischen Besatzungsmacht nicht mehr um eine Etablierung eines parlamentarisch-demokratischen Systems ging, sondern um eine politische Herrschaft nach sowjetischem Muster. Conze versucht in einer Reihe von Bemerkungen den Tatbestand der Zwangsvereinigung zu verharmlosen, wobei er mit einer geheimen Gemeinsamkeit beider Arbeiterparteien argumentiert, die sich in ihrer Aktivität auf dem Boden des Marxismus hätten treffen können (S. 28). Spätestens seit der Konferenz von Wenningsen vom 5./6. Oktober 1945 war es für die SPD klar, daß es keine organisatorische Gemeinsamkeit der beiden Arbeiterparteien geben konnte, weil die KPD sich nur aus taktischen Gründen der parlamentarischen Demokratie in ihrem Programm vom 11. Juni 1945 verschrieben hatte und die politische Arbeit gezeigt hatte, daß sie nur mit Hilfe der breiteren organisatorischen Basis der SPD ihre Zielvorstellungen durchsetzen konnte.

Neben der gesellschaftlichen Perspektive des christlichen Sozialismus galten die weiteren Bemühungen Kaisers der deutschen Einheit. Seine Sorge, Wege zu finden, um eine Spaltung Deutschlands zu verhindern, und sein Gedanke der nationalen Repräsentation zeigten sehr deutlich, daß er die Aufgabe deutscher Politiker erkannte, zu der Londoner Außenministerkonferenz im Spätherbst 1947 Vorstellungen über die deutsche Zukunft zu entwickeln, die eventuell Einfluß auf die Beratungen haben könnten oder wenigstens den alliierten Siegern zeigten, daß die deutschen politischen Kräfte sich über die Zukunft ihres Landes Gedanken machten.

Kaiser konnte sich mit seinen Vorstellungen zu einer nationalen Repräsentation als Vorstufe einer deutschen Regierung nicht einmal in der CDU aller Besatzungszonen durchsetzen. Gerade die Gruppe um Adenauer lehnte diese Ideen ab, da sie hierin die Gefahr einer Verobjektivierung kommunistischen Einflusses auch für die westlichen Besatzungszonen erblickte.

Auch die SPD bekannte sich zur Einheit Deutschlands, lehnte aber den Vorschlag Kaisers ab. Insbesondere Kurt Schumacher betonte immer wieder, daß diesem Plan kein Erfolg beschieden sein konnte, weil die SED und die Sowjetunion hierin eine willkommene Gelegenheit zur Ausbreitung ihres Einflußbereiches sahen.

Conze versucht die SPD und Schumacher für das Scheitern der Idee der nationalen Repräsentation verantwortlich zu machen (S. 179). Die ablehnende Reaktion der SPD war jedoch nur ein weiteres Symptom dafür, daß zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Zone eine politische und ideologische Trennung stattgefunden hatte. Dadurch waren auf beiden Seiten neue Einfluß- und Machtbereiche geschaffen worden, die keine Seite in Frage stellen durfte, um nicht die eigene Operationsbasis zu gefährden.

Es war Kaisers persönliche Tragik, daß er als Vorsitzender der CDU zwischen diese politischen Fronten geraten war, einerseits die Gefahren spürte, die ihm aus seiner Haltung in der SBZ erwuchsen, er sich andererseits jedoch nicht zu einer realistischen

Einschätzung seiner Vorschläge durchbringen konnte und glaubte, er könne mit seinen politischen Plänen die Trennung Deutschlands aufhalten, wenn nicht sogar überwinden. Diese Tragik wurde durch die Ablehnung der Kaiserschen Position durch Adenauer und seine Gruppe noch verstärkt, die ihrerseits immer mehr Einfluß in der CDU der westlichen Zonen gewann und dadurch dem Vorsitzenden der CDU der Sowjetzone die Verwirklichung zukunftsweisender gesellschaftlicher Ideen unmöglich machte. Werner Conze stellt mit seiner Teilbiographie über Jakob Kaiser erneut zentrale Fragen deutscher Nachkriegspolitik zur Diskussion. Darin liegt der Wert seiner Studie.

Kurt Schmitz

Gerhard Loewenberg, *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* (Parliament in the German Political System, Ithaca N. Y. 1966) Wunderlich Verlag, Tübingen 1969, 584 S., br. 44 DM, Ln. 65 DM.

Gerhard Loewenberg legt mit seiner Studie als erster eine Gesamtanalyse des Bonner Parlamentes vor, die das sonst recht schmale Angebot an Literatur über den Deutschen Bundestag erheblich bereichert. Der Verfasser hat eine Fülle von empirischem Material über Rekrutierung, Zusammensetzung und Funktionsweise des Bundestages zusammengetragen und aufgearbeitet, so daß seine Studie mehr als ein bloßer Gesetzeskommentar oder eine Ansammlung zufälliger Einzelbeobachtungen geworden ist.

Loewenberg siedelt seine Arbeit in dem Bereich der vergleichenden Regierungslehre an (S. 18), deren Bearbeitung nur in der angelsächsischen politikwissenschaftlichen Forschung in stärkerem Maße vorgenommen wird.

In einem kurzen einleitenden Kapitel werden die historischen Bedingungen des deutschen Parlamentarismus ohne eingehendere Berücksichtigung der sozialgeschichtlichen Hintergründe aufgezeichnet. Dieser Mangel erschwert dann im weiteren Verlauf das Verständnis mancher Bedingungen, Traditionen und Erscheinungsformen des deutschen Parlamentarismus, wie sie im Bundestag sichtbar werden.

Die eigentliche Analyse beschäftigt sich zunächst mit den Abgeordneten. Der Autor untersucht ihre soziale Herkunft, bemüht sich um eine Typologie und widmet den Rekrutierungsmechanismen besondere Aufmerksamkeit. Es folgt dann ein umfangreicher Abschnitt über die innere Organisation des Bundestages. Loewenberg betont besonders die starke Spezialisierung in Ausschüsse und Arbeitskreise, die die Koordination der Parlamentsarbeit zu einem kritischen Problem werden lassen.

In einem eigenen Kapitel wird der Kabinettsbildung nachgegangen. Der Verfasser fragt, wie stark der Einfluß der Mehrheitsfraktionen auf die Bestellung von Kanzler und Kabinett noch ist bei dem andererseits zunehmend plebiszitären Charakter der Wahlen. An Hand einer eingehenden Beschreibung der Regierungsbildungen seit 1949 weist Loewenberg nach, daß die Führungsgruppen der Fraktionen auf die Kabinettsbildung einen immer stärkeren Einfluß ausüben.

Am Beispiel von Fallstudien über das Zustandekommen einzelner Gesetze erarbeitet der Autor fünf Formen des Gesetzgebungsganges mit den dabei wirksamen Macht-konstellationen und Einflußfaktoren. Allerdings beschränkt sich Loewenberg zu sehr auf den quantitativen Aspekt. Er analysiert formal das Ausmaß der Gesetzgebungsarbeit, ohne ihre materielle politische Relevanz zu berücksichtigen und zu untersuchen. Der Verfasser weist vor allem auf die Tatsache hin, daß das spezialisierte Ausschußwesen inzwischen zu einem zu hohen Grad an Nichtöffentlichkeit der Parlamentsarbeit geführt hat.

Loewenberg kritisiert diese Tatsache sehr massiv und wendet sich gegen die Seltenheit von Plenumsdebatten, wodurch der repräsentative Charakter der Institution Parlament zunehmend in Gefahr gerate. In dem verbreiteten Desinteresse der Bevölkerung